

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTLICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.kla.tv
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 20/2026 ~
CH-ABSTIMMUNG 14.6.2026



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Am 14. Juni 2026 kann das Schweizer Stimmvolk über die Nachhaltigkeits-Initiative „Keine 10-Mio.-Schweiz“ abstimmen. Die Migration ist ein immer wiederkehrendes Thema bei Volksabstimmungen. So hatte 2014 eine Mehrheit des Schweizer Stimmvolkes die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ angenommen. Die Initiative forderte die Steuerung der Zuwanderung durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente. Doch laut den Initianten hat das Parlament den Volkswillen bis heute nicht umgesetzt. Initiativen, die eine Begrenzung der Zuwanderung zum Ziel haben, werden häufig in die rechte Ecke geschoben und von vornherein verunglimpft. Sachpolitik rückt in den Hintergrund. Das Parteiensystem wird genutzt, um sich gegenseitig zu bekämpfen und von den eigentlichen Hintergründen abzulenken.

Erfahren Sie in dieser Ausgabe mehr über die wahren Hintergründe und Zusammenhänge.

Es ist wichtig, sich nicht in einen Kleinkrieg zwischen rechts und links verwickeln zu lassen, sondern die wahren Strippenzieher aufzudecken.

Die Redaktion (brm./dd.)

Nachhaltigkeits-Initiative sorgt für maßvolle Zuwanderung

kla. Die Nachhaltigkeits-Initiative „Keine 10-Mio.-Schweiz“ verlangt, dass das Bevölkerungswachstum in der Schweiz bis 2050 mit klaren Maßnahmen zur Begrenzung der Einwanderung auf 10 Millionen beschränkt werden soll. SVP-Nationalrat und Unternehmer Thomas Aeschi erklärt, dass weiterhin genug Fachkräfte einwandern könnten: „Die

Nachhaltigkeits-Initiative sorgt für eine maßvolle Zuwanderung. Die ständige Wohnbevölkerung darf vor 2050 die 10-Millionen-Grenze nicht überschreiten. Das heisst: Es könnten immer noch rund 40.000 Personen und Fachkräfte pro Jahr einwandern.“ Dies wäre dann etwa so wie vor Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit* mit der EU, als die Zu-

wanderung in die Schweiz noch mit jährlichen Kontingenten gesteuert wurde. Die Unternehmen bekamen damals ebenfalls ihre Fachkräfte – aber ohne Massenzuwanderung. Mit etwas mehr Aufwand, aber im Gesamtinteresse der Schweiz. [1]

*Abkommen (seit dem 1.6.2002 in Kraft), das Arbeitskräften aus der EU erleichtert, in der Schweiz zu arbeiten

Zuwanderung überlastet Schweizer Infrastruktur

kl. Das Initiativkomitee zeigt auf, wie die Infrastruktur der kleinen Schweiz durch die massive Zuwanderung überlastet wird. Die Schweiz ist seit dem Jahr 2000 bevölkerungsmäßig 16-mal schneller gewachsen als Deutschland. Die kleine Schweiz beherbergt auf der Hälfte der Fläche von Österreich etwa gleich viele Einwohner wie dieses. Lebensqualität und Wohlstand sinken durch das massive Bevölkerungswachstum. Die Umwelt leidet, Verkehrsmittel und Straßen sind überlastet, Wohnungsnot herrscht, die Kriminalität steigt und die Bildungsstätten und Sozialwerke kommen an ihre Grenzen.

Um die Schweiz vor einer weiteren Überlastung ihrer Ressourcen zu schützen, empfiehlt das Initiativkomitee ein klares JA zur Nachhaltigkeits-Initiative! [2]

Warum Personenfreizügigkeit uns allen schadet

wei/rs. Werner Vontobel beschreibt in einem Kommentar auf „Infosperber“ die Nachteile der Personenfreizügigkeit, wie sie in der EU und Vertragsländern (z.B. Schweiz) gehandhabt wird. Kurz zusammengefasst schreibt Vontobel: Ökonomen behaupten, dass flexible Arbeitsmärkte im Verbund mit grenzüberschreitendem freiem Personenverkehr ein größeres Bruttoinlandsprodukt (BIP*) erzeugen würden. Das mag für die Unternehmer wohl richtig sein, für die Arbeiter allerdings nicht. Die grundlegendsten Bedürfnisse der Menschen sind in erster Linie der Familien- und Freundeskreis sowie auch der Arbeitsplatz. Durch wechselnde Ar-

beitsorte und -wege geraten die sozialen Beziehungen immer weiter ins Hintertreffen, die Menschen vereinsamen, die Scheidungsraten steigen und die Kinderbetreuung leidet darunter. Ein allenfalls durch den freien Personenverkehr generiertes höheres BIP wird durch zusätzliche Reisekosten und -zeiten wieder amortisiert, von den Umweltschäden durch den gesteigerten Verkehr ganz abgesehen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass vor allem die Oberschicht von der freien Personenfreizügigkeit profitiert. [3]

*Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum.

Fatale Folgen der Personenfreizügigkeit

rs. Am Beispiel von Portugal schildert Werner Vontobel die fatalen Folgen der Personenfreizügigkeit. „2009 wurde dort der Status des ‚nicht gewöhnlichen Wohnsitzes‘ geschaffen, um gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Rentner aus dem Ausland anzulocken. 2012 wurden die ‚Goldenen Visa‘ eingeführt, die Ausländern mit dickem Scheckbuch einen privilegierten Zugang zur Staatsbürgerschaft bieten. Daraufhin stiegen die Immobilienpreise und Mieten mit der Folge, dass sich junge Portugiesen keine Wohnung mehr leisten konnten.

Heute lebt ein Drittel aller Portugiesen zwischen 15 und 39 im Ausland. Auf jeden erwerbsfähigen Portugiesen kommen heute zwei Rentner. Für die einfachen Arbeiten werden deshalb billige Arbeitskräfte aus Brasilien, Angola, Indien, Bangladesch oder Marokko angeworben. Ähnliches spielt sich global ab.

Immer mehr Länder verlieren die Fähigkeit, für den eigenen Bedarf und damit für Beschäftigung zu sorgen.“ [4]

Quellen: [1] <https://nachhaltigkeitsinitiative.ch/aktuelles/> [2] <https://nachhaltigkeitsinitiative.ch/argumente/> [3+4] <https://www.infosperber.ch/gesellschaft/migration/warum-personenfreizuegigkeit-uns-allen-schadet/>

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!
Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

Vernünftige Politik braucht Verantwortungsethik

wei. Zum Thema Einwanderung veröffentlichte die Online-Zeitung „Infosperber“ ein Gespräch zwischen dem Wirtschaftsjournalisten Werner Vontobel und dem SP-Vordenker und Politologen Wolf Linder. Linder sagte, dass eine vernünftige Politik Verantwortungsethik brauche. Eine solche Politik würde auf die Folgen ihres Handelns schauen – auch für mitbetroffene Dritte. So würden wir uns zwar über die freundliche rumänische Pflegerin freuen, aber dabei vergessen, dass ihr Land wegen der Auswanderung

ein Drittel seines ausgebildeten Medizinpersonals verloren hat. Linder wörtlich: „Bei der Einwanderungspolitik müssen wir die Folgen auf drei Ebenen bedenken:

Was geschieht mit den Auswanderungsländern, wie gut geht es den Eingewanderten, was sind die Vor- und was die Nachteile für uns? Wer profitiert von der Einwanderung, wer zahlt die Zechen? Was macht die andauernde Einwanderung sozial und ökologisch mit unserem Land?“ [5]

Neue Weltordnung auch durch Migrationskrise

kl./ms. UN-Generalsekretär António Guterres ist ein glühender Verfechter von unbegrenzter Zuwanderung und der Völkervermischung. 2018 sagte er: „Wir müssen die Europäer davon überzeugen, dass die Migration unausweichlich ist und dass es multiethnische Gesellschaften sind [...], die den Wohlstand erzeugen.“ Diese Prophezeiung hat sich aber leider vielerorts ins Gegenteil verkehrt. Es ist augenscheinlich, dass das fast bedingungslose Öffnen der Grenzen in Europa destabilisierende Auswirkungen hat. Wurde der gute Wil-

le der Menschen, andern Menschen in der Not zu helfen und Fremde ins eigene Land aufzunehmen, also bewusst ausgenutzt? Und steht möglicherweise eine gezielte Agenda dahinter? Diese Vermutung stützt Ettore Gotti Tedeschi, der frühere Chef der Vatikanbank IOR, wenn er bei einer Konferenz im Vatikan erklärt, dass hinter dem demographischen Kollaps des Westens der Plan einer globalistischen Elite stehe. Diese wolle bewusst Krisen verursachen, um dann eine Neue Weltordnung einführen zu können. [7]

Agenda 2030 propagiert einheitliche Weltgesellschaft durch Migration

kl./ms. Die Agenda 2030, die 2015 auf dem Gipfeltreffen der Vereinten Nationen in New York ausgerufen wurde, deutet auch auf den Plan einer globalistischen Elite hin. Darin steht unter Punkt 16 „Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern“: „Die Gewaltmonopole werden ausgeweitet, um den Völkern dieser Erde destruktive und künstliche Gesellschaftskonzepte mit Gewalt und Erpressung aufzuzwingen. Dies wird zu Flucht und Bürgerkriegen führen. Traditionen und jegliche Individualität

der Völker werden unterbunden, damit eine einheitliche Weltgesellschaft entstehen kann. [...] Auch wird eine Weltreligion forciert, bei der die Menschen sich satanischen Praktiken unterwerfen sollen. Verpflichtende Vermischungen der Rassen werden durchgesetzt, um den Ethnien jede Individualität langfristig wegzuzüchten. Mischehen werden durch Punkte und höheren gesellschaftlichen Status belohnt. Der einzelne Mensch soll nicht mehr auf sein kulturelles Fundament zurückgreifen können.“ [8]

JA sorgt für heilsamen politischen Druck

kla. Auch der Alt-Nationalrat der Sozialdemokratischen Partei (SP), Rudolf Strahm, übt Kritik an der schweizerischen Zuwanderungspolitik: Die hohe Zuwanderung schaffe soziale Probleme und überfordere die Gesellschaft. In Bezug auf den von den Gegnern einer begrenzten Zuwanderung viel zitierten Fachkräftemangel meint Strahm, dass die Personenfreizügigkeit auch eine Ursache des Fachkräftemangels sei, zum Beispiel im Bereich der Medizin. In der Schweiz hätte es so viele ausländische Ärzte, weil jährlich Tausenden von Schwei-

zer Maturanden, die Medizin studieren möchten, durch den Numerus clausus (Zulassungsbeschränkung) der Zugang zum Studium verwehrt wird. Weiter kritisiert Strahm, dass nach sieben Jahren die Hälfte der Flüchtlinge noch ohne Arbeitstätigkeit seien und achtzig Prozent Sozialhilfe beziehen. „Wir sind großzügig, fördern viel und fordern wenig.“ Für Änderungen in der Einwanderungspolitik fehle der politische Druck. Ein JA zur Nachhaltigkeits-Initiative würde für diesen heilsamen politischen Druck sorgen. [6]

Hilfe vor Ort 100-fach wirksamer

kla./mb. Der deutsche Krisenforscher und Experte für Geopolitik, Dr. Rainer Rothfuß, zeigt in seinem Vortrag vom 9.11.2018, dass sich die Probleme, die zu verstärkter Flucht und Vertreibung führen, 100-fach wirksamer an der Wurzel vor Ort lösen lassen. Es müsse beleuchtet werden, wer die Kriege und Krisen in den betroffenen Regionen auslöst, unterstützt und finanziert. An einer so offensichtlich unrealistischen und zerstörerischen Einwanderungspolitik festzuhalten, verhindere die Entwicklung von nachhaltigen Lösungen. Oft ist es nachhaltiger, die Gelder in Hilfe vor Ort zu investieren – darauf wies der Schweizer Politiker Luzi Stamm bereits an der 12. AZK in seinem Vortrag „Grenzen einfach öffnen ist unverantwortlich!“ vom 28.11.2015 hin. (www.kla.tv/7389) Wo sind die mutigen Regierungen, die sich entgegen den Weltherrschaftsplänen der Globalisten dem Ansatz von „Hilfe vor Ort“ annehmen? [9]

Schlusspunkt •
jbr./kl. Das Ziel der globalen Machtelite scheint also zu sein, die Völker und Nationen zu vermischen, zu schwächen und so Chaos und Kriege bewusst zu verursachen. Im Chaos fordern die Menschen besser geschützte Außengrenzen, härteres Durchgreifen der Polizei und stärkere Überwachung. Somit ist die Destabilisierung der Nationen die beste Voraussetzung für die Einführung der neuen Weltordnung. So gilt es auch in der Migrationskrise, den Fokus auf die wahren Strippenzieher zu richten, statt sich spalten zu lassen und den Hass auf die Migranten zu richten, die ebenfalls Opfer der herrschenden Elite sind.
Wenn Sie möchten, dass die Migration reguliert und die Ressourcen in der Schweiz nachhaltig genutzt statt ausgebeutet werden, stimmen Sie am 14. Juni 2026 JA zur Nachhaltigkeits-Initiative „Keine 10-Mio.-Schweiz“.

Quellen: [5] <https://www.infosperber.ch/politik/kritik-an-der-einwanderung-ist-in-der-sp-leider-tabu/> [6] <https://schweizerzeit.ch/linke-unterstuetzung-fuer-die-svp-initiative/> [7] www.kla.tv/15025 | www.kath.net/news/64427 [8] www.kla.tv/28306 [9] <https://eingeschenkt.tv/migrationspakt-rainer-rothfuss-ueber-die-hintergruende-und-loesungsansatze/>

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 16.5.26

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktionsadresse:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen:

ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT, LET – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: SuG, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

